

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **36 (1961)**

Heft 12

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

rundschau

Provisorische Resultate der Wohnungszählung

Die provisorischen Ergebnisse der Wohnungszählung 1960 bestätigen den schon früher festgestellten Trend zur Kleinfamilie. Während die Bevölkerung in den letzten hundert Jahren um sieben Sechstel zugenommen hat, ist die Zahl der Haushaltungen von 527 960 auf 1 585 680 und damit auf das Dreifache angestiegen. Im letzten Jahrzehnt hat sich die durchschnittliche Zahl der Bewohner eines Hauses wieder erhöht. Nachdem sie von 1860 bis 1950 von 7,2 auf 7,0 gesunken war, ist sie 1960 wieder auf 7,15 gestiegen. In diesen hundert Jahren ist die Zahl der bewohnten Gebäude um sechs Fünftel auf 758 910 angewachsen.

Beträchtliche Unterschiede im Verhältnis der Zahl der Haushaltungen zum Bestand der bewohnten Gebäude sind zwischen den einzelnen Kantonen festzustellen. So weist Bern mit 132 610 am meisten bewohnte Gebäude, und zwar nahezu einen Fünftel mehr als Zürich, auf; bei den Haushaltungen steht Zürich mit 292 460 deutlich vor Bern mit 256 980 an der Spitze. In Genf entfallen auf 100 bewohnte Gebäude 430 Haushaltungen, in Appenzell AR lediglich deren 128.

Steigende Mietzinse

Fast die Hälfte der Mietzinse hat, wie sich jetzt herausstellte, seit Mai dieses Jahres aufgeschlagen! Zu diesem Ergebnis kommt die vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement für November angeordnete Zwischenzinserhebung für die Stadt Bern. Der Berner Mietindex ist (Mai 1939 = 100) von 143,6 Punkten im Mai 1961 um 2,4 Prozent auf 147,0 Punkte im November 1961 angestiegen. Bei den vor 1940 erstellten Wohnungen betrug die Mietpreiserhöhung durchschnittlich 2,9 Prozent und bei den 1940 bis 1960 bezugsbereit gewordenen Logis 2,0 Prozent.

Von den in die Stichprobe einbezogenen Wohnungen verzeichneten 41,1 Prozent einen Aufschlag, 0,2 Prozent einen Abschlag und 58,7 Prozent einen gegenüber Mai 1961 unveränderten Mietpreis. Unter den bis 1946 erbauten Logis, die (mit Ausnahme der seit 1942 subventionierten) der Mietpreiskontrolle unterstehen, wurden 54,7 Prozent im Mietzins erhöht, unter den seit 1947 bezugsbereit gewordenen Wohnungen jedoch nur 20,3 Prozent.

Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß ein Fünftel der nicht unter Mietzinskontrolle stehenden Wohnungen die Gelegenheit der generellen bundesrät-

lichen Bewilligung für eine fünfprozentige Mietzinserhöhung bei Altwohnungen benutzt hat, um ebenfalls eine Mietzinserhöhung vorzunehmen.

Förderung des Wohnungsbaues im Kanton Zürich

Der Zürcher Kantonsrat ermächtigte die Regierung, im Jahre 1962 zur Förderung des sozialen, des allgemeinen Wohnungsbaues und des Baues von Alterswohnungen sowie für die Sanierung von Wohnungen in Berggegenden Darlehen mit und ohne Zins im Gesamtbetrag von höchstens 5 Millionen Franken zuzusichern.

Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln konnten im vergangenen Jahre insgesamt 1393 Wohnungen subventioniert werden. Seit 1940 bis Ende September 1961 ist durch Gewährung von Barbeiträgen, Darlehen und Kapitalzinszuschüssen der Bau von rund 29 700 Wohnungen gefördert worden.

Wohnbaufragen für Invalide

In einer von der ASIKO (Arbeitsgemeinschaft schweizerischer Kranken- und Invaliden-Selbsthilfe-Organisation) einberufenen schweizerischen Konferenz über Wohnungsprobleme für körperlich Behinderte wurden in mannigfaltigen Fragen, die sich beim Bau von Wohnungen und Wohnheimen für Invalide stellen, diskutiert. An der Konferenz orientierten Architekten, Juristen und weitere Fachleute über die baulichen Besonderheiten und die Möglichkeiten der Finanzierung solcher Bauvorhaben.

Die rund fünfzig Teilnehmer der Tagung, darunter Vertreter der befreundeten Dachorganisation der privaten Invalidenhilfe, stellen mit Befriedigung fest, daß von Selbsthilfeverbänden der Behinderten einige vorbildliche Projekte realisiert werden konnten. Durch den Bau von Wohnheimen kann die berufliche Eingliederung Behinderter gefördert werden; den Bedürfnissen angepaßte Wohnungen erleichtern das Leben der Invaliden und befreien sie von Abhängigkeit.

Die Verschmutzung des Bodensees

An ihren jüngsten Tagungen forderten die Berufsfischer am Bodensee entscheidende Maßnahmen gegen die Verschmutzung des Sees. Der Schweizer Berufsfischerverband regt an, auf dringlichem Wege eine Gewässerschutzsteuer einzuführen, um die notwendigen Mittel für

die Beschaffung von Kläranlagen zu beschaffen. Der Süddeutsche Landesfischereiverband fordert ebenfalls sofortige Maßnahmen durch «besonders hohe Staatszuschüsse» an diejenigen Gemeinden, die Kläranlagen bauen. Der Verband regt auch an, die geklärten Abwässer nicht unmittelbar, sondern zum Nutzen der Landwirtschaft über Rieselfelder in den Bodensee einzuleiten.

Die Verschmutzung ist im Bodensee besonders weit fortgeschritten. Weite Strecken der Uferzonen sind durch die Veralgung zum Befischen unmöglich geworden. Die Verschmutzung der Netze nimmt ständig zu. Außerdem geht es auch um das Trinkwasser für rund zwei Millionen Menschen, die aus dem Bodensee Trinkwasser bis St. Gallen und Stuttgart beziehen. Im Untersee hat die Sauerstoffzehrung zeitweise am Boden giftiges Schwefelwasserstoffgas entwickelt. Der Fischereiverband hält auch eine gründliche Reinigung der Bodenseezuflüsse für dringend erforderlich.

Zur Abwendung der Gefahr werden verschiedene Projekte erörtert. Ein besonders kühnes Projekt ist der Bau einer Ringleitung um den ganzen Bodensee, die alle Abwässer aufnehmen und verhindern sollte, daß der See durch weitere Abwasser bedrohlich überlastet wird.

Österreichisches Institut für Bauforschung

In Wien besteht seit dem Dezember 1959 das Österreichische Institut für Bauforschung, dessen Vorsitzender Senatsrat Architekt Ingenieur Rudolf J. Boeck ist. Die Forschung des Institutes bezieht sich auf fünf Sektoren: 1. Planung, 2. bautechnische Probleme, 3. bauorganisatorische Probleme, 4. bauwirtschaftliche Probleme, 5. Testung und Sonderaufgaben. Im November dieses Jahres besichtigte eine aus Heizungsfachleuten bestehende Kommission dieses Institutes Zentralheizungen bei einigen Zürcher Bau- und Wohngenossenschaften.

Wohnungsbau und Konjunktur in Österreich

Die in Österreich erst wenige Jahre bestehende Wohnbaustatistik gibt an, daß 1960 nur 34 500 Wohnungen gebaut worden seien, obwohl die Regierung seinerzeit entgegen aller konjunkturpolitischen Vernunft – trotz Konjunkturüberhitzung – eine jährliche Wohnbauleistung von 50 000 Wohnungen beschlossen hat. Die «Arbeiterzeitung» nennt dieses Bau«defizit» einen politischen Skandal ersten

Ranges, denn gerade in einer Zeit blühender Konjunktur müßten mehr Wohnungen gebaut werden.

Die österreichische Wohnbaustatistik ist ungenügend; sie gibt weniger an, als in Wirklichkeit gebaut wurde. Das trifft besonders für die Gebiete außerhalb Wiens zu, wo städtische Baubehörden und Dorfvorsteher nur ungenaue Meldungen an das Wiener Zentralamt für Statistik erstatten. Selbst in Wien dürfte der wirkliche Bauumfang die statistischen Angaben übertreffen. Die Sozialisten werfen dem Finanzminister Sabotage am Wohnbauprogramm der Regierung vor. Die Fachleute unter den Wirtschaftspolitikern dankten ihm, daß er hart blieb und so den Preis-Lohn-Auftrieb dämpfte, der zum großen Teil von allzu vielen öffentlichen und privaten Bauaufträgen herrührt. Der Finanzminister mußte indessen unter politischem Druck nachgeben und die ursprünglich verweigerten Bundeszuschüsse zu den staatlichen Wohnbaufonds doch gewähren. Wahltaktik hat wieder über wirtschaftspolitische Vernunft gesiegt, die Popularitätssucht der Parteien über die Sorge um die Geldwertstabilität.

Anerkennung für nichtstaatliche Organisationen

Die Vertreter des IGB und des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften, die sich seit dem Lausanner Kongreß

ständig bemüht haben, Einfluß auf die soziale Wohnungsbaupolitik der Vereinten Nationen und interessierten Nebenorganisationen zu gewinnen, konnten jetzt in der Sommersitzung des Wirtschafts- und Sozialrates einen Erfolg für sich buchen. Die Resolution, die die Sozialkommission eingereicht hatte und die einen Expertenausschuß für Wohnungsbau- und Planungsfragen vorsah, wurde auf Antrag des US-Vertreters dahingehend erweitert, daß nichtstaatliche Organisationen dem Ausschuß auf Anforderung konkrete Vorschläge unterbreiten können. Als ein ähnlicher Antrag im Frühjahr in der Sozialkommission gestellt worden war, hatte er nicht genügend Unterstützung gefunden.

Campbell, Woodcock und andere führende Persönlichkeiten der Wohnungsbaugenossenschaften in den USA hatten sich in ihren Bemühungen, bei ihrer Regierung die Anerkennung der nichtstaatlichen Organisationen zu erreichen, jedoch nicht entmutigen lassen. In der Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrates in Genf wurde der IGB durch seinen ordentlichen Vertreter bei den UNO-Versammlungen, Marcel Boson, aktiv, der eine großartige Erklärung über den genossenschaftlichen Wohnungsbau abgab und damit beim Rat Eindruck hinterließ. Jetzt wird der IGB also die Möglichkeit haben, den Experten konkrete Ansichten zu unterbreiten, und so den Anspruch der Genossenschaftsbewegung auf ihre Anerkennung als unentbehrliche Stütz-

kraft des sozialen Wohnungsbaus in Industrie- wie Entwicklungsländern zu rechtfertigen.

(«Internationale Genossenschaftliche Rundschau»)

Leonardo da Vinci entwarf das erste Fertighaus

Leonardo da Vinci entwickelte im Frühjahr 1516 für Franz I. von Frankreich Baupläne für neue Loirestädte. Um die Bauarbeiten zu fördern, entwarf er zunächst einen Grundtyp eines Bürgerhauses. Dann zerlegte er dieses variationsfähige Normalhaus in seine Elemente. Er schlug vor, diese Bauteile in zentralen Werkstätten herzustellen, so daß auf dem Baugelände nur die Hausfundamente errichtet und die Fertigteile zusammengefügt werden mußten. IDV

Die Erschließung Sibiriens

Chruschtschew erklärte in einer in Nowosibirsk gehaltenen Rede, in Sibirien seien in den letzten sieben Jahren eine Million Stadtwohnungen und 373 000 Wohnungen in ländlichen Gebieten erstellt worden. In der gleichen Zeit seien 10 300 000 Hektaren Land urbar gemacht worden, und als Folge davon sei die Weizenproduktion mehr als verzweifacht worden. Hingegen könne man sich nicht mit dem Erreichten zufrieden geben, denn die Reserven und Möglichkeiten Sibiriens seien buchstäblich unerschöpflich.

Paintcrete

Spezialschutzanstriche für feuchte Räume

Roth & Co. AG Farbenfabrik, Luzern

Depots in Basel, Bern, Genf, Lausanne, Lugano, Neuchâtel, St. Gallen, Zürich



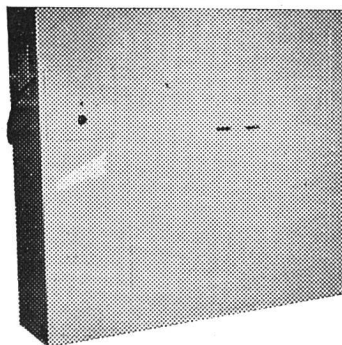
Wäschetrocknen in Mehrfamilienhäusern kein Problem mit

Trocknungsschrank HURRICANE

Leistung 25 kg Naßwäsche in einer Stunde

Für Trockenräume weitere Typen mit Luftumwälzung und Heizung. Automatische Umstellung auf Nachtbetrieb

Kein Verschleiß, glatte, bügelfertige Wäsche



Prospekt und Verkauf durch:

ARTHUR RHINOW ELEKTROAPPARATE

BASEL St.-Alban-Vorstadt 10 Telephon 061 / 24 28 68